

EDITORIAL

❖ In der Europawahl hat sich das bürgerliche Parteienspektrum in Deutschland bei 48,9 % stabilisiert; sein Vorsprung vor Rot-Grün beträgt 16 %. Rot-Grün ging auf 32,9 % zurück, und selbst das rot-rot-grüne Spektrum konnte nur 40,4 % auf die Waagschale bringen. Schwarz-Gelb hatte bei dieser Wahl 8,5 % Vorsprung vor Rot-Rot-Grün.

Die Wähler haben in Ost und West, in Nord und Süd unterschiedliche Akzente gesetzt. Eines sticht heraus: Auch in den alten Bundesländern gibt es keine Hochburgen der SPD mehr. Sie bleibt überall unter 30 % und hat in Bayern und Baden-Württemberg Mühe, ihren zweiten Platz vor den Grünen zu verteidigen (Baden-Württemberg 18,1 % zu 15 %, Bayern 12,9 % zu 11,5 %). Ihr droht der Verlust des Status einer Volkspartei.

Gewinner der Europawahl sind innerhalb des bürgerlichen und des linken Spektrums die FDP und die Grünen. Die FDP verbesserte sich um 4,9 % auf 11 %, die Grünen als drittstärkste Kraft um 0,2 % auf 12,1 %. Die Linkspartei konnte mit 7,5 % aus der Wirtschafts- und Finanzkrise kaum Kapital schlagen. Die erstmals angetretenen Freien Wähler haben mit 1,7 % den Test als bundesweite bürgerliche Protestpartei nicht bestanden. Europawahlen werden in erster Linie durch die gelungene oder nicht gelungene Mobilisierung der Anhängerschaften der einzelnen Parteien entschieden.

Bemerkenswert gelungen ist die Mobilisierung der CSU-Klientel in Bayern. Obwohl in Bayern Pfingstferien waren und keine Kommunalwahlen stattfanden, ist dort die Wahlbeteiligung um 2,7 % auf 42,4 % gestiegen. Bemerkenswert ist ebenso, dass der Wahlkampf der SPD nicht gezogen hat. Der Test für die Mobilisierungs- und Anziehungs-



kraft von Kandidat Steinmeier ging daneben. Auch das Schlechtmachen, das *negative campaigning*, gegen alle konkurrierenden Parteien erwies sich nicht als zugkräftig. Der Versuch, den „Baron da aus Bayern“ zur Negativfigur wie einstmal den „Professor aus Heidelberg“ zu stilisieren, schlug fehl.

Nicht nur weil Freiherr zu Guttenberg eine andere Erfahrung mit öffentlicher Selbstdarstellung hat als weiland Professor Kirchhof. Die Wirtschafts- und Finanzkrise eignet sich weniger für populistische oder staatsorientierte Heilsversprechungen, sondern verlangt eher nach kompetenten Sachlösungen. Der Vertrauensbonus, den Bundeskanzlerin Merkel in der Finanz- und Wirtschaftskrise besitzt, hat offensichtlich mit dazu beigetragen, dass die Verluste der Unionsparteien sich in Grenzen hielten. Die Anziehungskraft Merkels auf sogenannte volatile, also nicht auf eine Partei festgelegte Wähler, ist entschieden größer als die Steinmeiers. Das spiegelt sich auch bei den Wählern, die sich erst spät in den letzten Tagen vor der Wahl oder am Wahltag entscheiden. Seit 2002 hatte die Union bei diesem Teil der Wähler, der bei der Europawahl 43 % ausmachte, ein erhebliches Defizit von bis zu 12 %. Bei der jetzigen Wahl liegt sie mit 40 % fast gleichauf mit SPD und Grünen, lediglich die FDP hat einen weit besseren Anteil von 47 % bei den sogenannten Spätereisenden.

Die Europawahl hat so für das bürgerliche Spektrum eine gute Ausgangsposition im Blick auf die Wahlen im Herbst geschaffen. ❖



Klaus Gotto